DEMOKRATIE UND GESELLSCHAFT 16.04.2026 | Roland Bathon

VPNjet

Die neuen Online-Repressionen schaden dem Kreml stärker als der Ukraine-Krieg. Wie gefährlich wird die wachsende Unzufriedenheit für Putin?

Nachdem bereits zuvor regierungsnahe Medien in Russland über eine sehr große Dominanz verfügten, taten die zuständigen Kreml-Behörden ab der Ukraine-Invasion 2022 alles dafür, aus dieser Meinungshoheit ein Monopol zu machen. Unabhängige Informationen erreichten die Bevölkerung zum Kriegsausbruch vor allem online, weshalb man zunächst im russischen Internet den Zugriff auf westliche soziale Netzwerke sowie exilrussische und ausländische Nachrichtenquellen sperrte.

Die Bevölkerung wich daraufhin zu großen Teilen auf das letzte unzensierte und ursprünglich russische Netzwerk Telegram aus, dessen Nutzerzahl sich innerhalb von vier Jahren – von 23 auf 60 Prozent der erwachsenen Bevölkerung – mehr als verdoppelte. Auch zahlreiche regierungsnahe und staatliche Kanäle waren dort aktiv, weshalb viele zunächst hofften, Telegram könne der Blockierungswut entgehen. Doch diese Hoffnung zerschlug sich: Seit dem 10. April 2026 ist Telegram innerhalb des Landes aufgrund staatlicher Sperren nicht mehr verfügbar.

Websperren lassen sich jedoch über die Installation eines VPN umgehen, mit dem sich der Zensur vorgaukeln lässt, man rufe gesperrte Inhalte aus dem Ausland auf. Laut dem Fachportal *ZeroToVPN* nutzen mittlerweile 41 Prozent der Russen VPN-Dienste. Die russischen Regulierungsbehörden erklärten deshalb 2026 den Kampf gegen VPN zu einem Schwerpunkt. Über 400 Anbieter wurden inzwischen gesperrt, ebenso wird seit dem 1. April die Aufladung von Apple-IDs über Mobilfunkkonten unterbunden, über die viele Russen ihre VPN-Dienste bezahlten. Trotz der dafür notwendigen tiefgreifenden Eingriffe in die Netzstruktur wurde dieser Kampf mit großer Härte geführt: Es kam zu Ausfällen von Online-Bezahlsystemen bis hin zur Moskauer Metro sowie zur Unterbrechung wichtiger IT-Projekte.

Im April folgte ein weiterer Schlag gegen die VPN-Nutzung. Russische Anbieter von Onlinediensten wurden faktisch gezwungen, VPN-

Nutzern den Zugang zu ihren Angeboten zu verwehren, um Sanktionen zu vermeiden. Mobilfunknetze geben bei VPN-Nutzung inzwischen Warnmeldungen aus. Und der Kampf um eine vollständige Zensur ist damit noch nicht beendet.

Putin selbst tritt in diesem Feldzug lediglich als Unterzeichner der entsprechenden gesetzlichen Grundlagen in Erscheinung, die mit der Bekämpfung „illegaler Inhalte“ und „ausländischer Einflussnahme“ begründet werden. Die Umsetzung liegt bei der Behörde Roskomnadzor und dem Digitalministerium. Selbst unterstützende Äußerungen aus dem Kreml zu den Maßnahmen seiner Behörden sind selten. Kremlsprecher Peskow stellte jüngst sogar vage eine Aufhebung der Internetbeschränkungen in Aussicht, sobald „keine Notwendigkeit mehr dafür“ bestehe.

Entsprechend wächst der Unmut, wenn der Bevölkerung Annehmlichkeiten des Alltags entzogen werden.

Allgemein gilt der 73-jährige Wladimir Putin als nicht besonders netzaffin. Seit Jahren ist bekannt, dass er das Internet persönlich kaum nutzt. Damit unterscheidet er sich deutlich von großen Teilen der jüngeren Bevölkerung. In den 2010er Jahren war Russland Deutschland bei digitalen Dienstleistungen in mehreren Bereichen voraus. Zahlungen, Taxi- oder Essensbestellungen sowie Online-Einkäufe waren dort bereits breit etabliert, als entsprechende Angebote in Mitteleuropa noch fragmentiert und unausgereift waren. Darüber hinaus galt das Internet lange als politischer Freiraum, im Gegensatz zu den stark kontrollierten Offline-Medien.

Die Situation unterschied sich somit deutlich etwa vom – von Beginn an stark regulierten – chinesischen Netz. Entsprechend wächst der Unmut, wenn der Bevölkerung Annehmlichkeiten des Alltags entzogen werden. Genau das geschah durch den verschärften Kampf der Regierung gegen Telegram und VPN in den vergangenen Monaten. Nach Einschätzung des Expertenportals *Re:Russia* führt dies zu „Chaos und Verfall“, die den russischen Internetsektor derzeit prägen.

Dieser Unmut richtet sich zunehmend auch gegen das Staatsoberhaupt. Selbst in Umfragen des regierungsnahen Instituts WZIOM, dem viele Russen misstrauen und in denen sie sich oft nicht offen äußern, sinkt Putins Zustimmungswert aktuell erstmals seit Kriegsbeginn von einem sehr hohen Niveau auf unter 70 Prozent. Das klingt zwar weiterhin nach breiter Unterstützung, doch ist unklar, in welchem Maß diese Zahlen die

Realität verzerren. Die Zustimmung zu Putins Regierungspartei Einiges Russland liegt mit derzeit 29 Prozent deutlich niedriger und ist ebenfalls seit Beginn der verschärften Maßnahmen rückläufig.

Noch deutlicher zeigt sich die Unzufriedenheit im Internet, bis hinein in regierungsnahe Kreise. So schreibt der kriegsunterstützende Publizist Dmitri Olschanski etwa: „Sie verschlingen soziale Medien und Messenger-Apps, Bücher und Filme, Journalisten und Musiker – sie verschlingen alles, was sie in die Finger bekommen können." Auch die Glamour-Influencerin Victoria Bonya, die 2022 noch aktiv gegen westliche Markenboykotte auftrat, erzielte mit einem Appell an Putin unter anderem wegen der Sperren rund 20 Millionen Aufrufe und 1,1 Millionen Likes. Sie sind nur zwei Stimmen in einer breiten Welle der Kritik an der Internetrepression aus unterschiedlichen politischen Lagern. *Re:Russia* rechnet infolge der Restriktionen zwar nicht mit einer akuten „Führungs- oder politischen Krise für das Regime", jedoch mit einem „tiefgreifenden Loyalitätsverlust" in der Bevölkerung.

Dem Kreml gelang es angesichts des Ukrainekriegs deutlich besser, die Bevölkerung hinter sich zu versammeln.

Warum erzeugt die Internetkampagne mehr Unzufriedenheit als vier Jahre Ukrainekrieg – trotz über 200 000 bestätigter russischer Gefallener? Dabei ist zu berücksichtigen, dass in Russland seit langem nahezu ein Monopol regierungstreuer Medien besteht, die den Krieg überwiegend positiv darstellen. Zudem kämpfen viele Soldaten freiwillig, angelockt von hohen finanziellen Anreizen oder von der Aussicht auf Strafmilderung. Gefallene, die viele Russen persönlich kennen, lösen außerhalb des engsten Umfelds daher häufig keine tiefgreifende Bestürzung aus.

Dem Kreml gelang es angesichts des Ukrainekriegs deutlich besser, die Bevölkerung hinter sich zu versammeln, als es nun bei den massiven Netzsperren der Fall ist. Die größte Delle in der Kriegsunterstützung trat im Herbst 2022 auf, als im Zuge der Mobilisierung auch nichtfreiwillige Rekruten an die Front geschickt wurden. Die Netzsperren treffen nun ebenfalls viele Menschen unfreiwillig.

Der Kreml ist im Umgang mit wachsendem Unmut jedoch nicht strategielos. So wird Kritik unter anderem kanalisiert, indem systemintegrierte Oppositionsparteien sie aufgreifen. Diese tragen den Regierungskurs in zentralen Fragen mit, treten jedoch punktuell als Ventil für Unzufriedenheit auf. So organisiert etwa das kremlnahe Parteiprojekt „Neue Leute" derzeit eine Petition gegen Onlinesperren

und gewinnt damit an Zustimmung in Umfragen. Bei der kommenden Dumawahl könnten dadurch Stimmenverluste für Einiges Russland entstehen. Diese dürften jedoch durch Wahlmanipulation begrenzt bleiben und vor allem zu Verschiebungen innerhalb des regimetreuen Parteienspektrums führen.

Mit einem breiten Aufbegehren der Bevölkerung ist daher nicht zu rechnen. Das Repressionssystem ist inzwischen zu weit gefestigt, und selbst gegen die Internetblockaden kam es aufgrund von Verboten kaum zu Straßenprotesten. Ein grundlegender Systembruch erscheint daher unwahrscheinlich, solange sich die wirtschaftliche Lage nicht deutlich weiter verschlechtert.



Roland Bathon

Roland Bathon ist freier Journalist. Er schreibt vor allem zu Russland und Osteuropa.